
840/J XXII. GP

Eingelangt am 24.09.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

**der Abgeordneten Mag. Johann Maier, Spindelberger
und GenossInnen
an den Bundesminister für Justiz
Betreffend: „100 Stunden gratis Arbeiten für Hettlage“**

Der AK-Salzburg liegt ein Bettelbrief der Fa. „Hettlage“ vor, in welchem diese ihren Arbeitnehmerinnen ein sogen. „Solidarpaket“ abverlangt wird. Die AK hat dies auch in einer Presseaussendung deutlich gemacht:

„Die Mitarbeiter der Firma Hettlage in Österreich sollen ab November ein Jahr lang 100 Stunden gratis arbeiten. Mit dieser Aktion auf dem Rücken der Arbeitnehmer wollen die Hettlage-Chefs die Firma sanieren. Für die Arbeiterkammer Salzburg ist das völlig inakzeptabel.

Im August flatterte den österreichischen Mitarbeitern von Hettlage ein Bittschreiben der Chefetage ins Haus. Darin ist von „Opfer“, „Solidarität“ und „Schulterschluss“ die Rede. Das Unternehmen habe im vergangenen Jahr einen Umsatzrückgang von 20 Millionen Euro verzeichnet, auch im ersten Halbjahr 2003 sei die Lage unverändert schlecht, schreiben die Firmenchefs. Die Mitarbeiter (Vollzeitkräfte) werden deshalb gebeten, zwölf Monate lang zusätzlich 100 Stunden ohne Bezahlung zu arbeiten, Teilzeitkräfte sollten einen entsprechenden Anteil leisten.

In Deutschland will das Unternehmen den Mitarbeitern das Weihnachtsgeld streichen, in Österreich ist das nicht möglich: Hierzulande sollen die Mitarbeiter ab November ihren Beitrag über die Arbeitszeit leisten.

Gewissermaßen als „Entscheidungshilfe“ drohen die Chefs mit Schließungen: „Im vergangenen Jahr wurden in Österreich zwei Niederlassungen und in diesem Jahr werden in Deutschland sieben Verkaufsniederlassungen geschlossen. 2004 kommt es zu weiteren Schließungen“, heißt es in dem Schreiben.“

AK-Präsident Siegfried Pichler ist entsetzt über diesen Hettlage-Brief.

Die Arbeiterkammer befürchtet nun, dass die Mitarbeiter aus Angst vor Kündigung keine andere Alternative sehen, als der Bitte der Firmenchefs nachzukommen. 43 Mitarbeiter sind in Salzburg betroffen. Hettlage unterhält in Österreich 12 Filialen, darunter eine Filiale im Europark Salzburg.

Die Vorgehensweise des Unternehmens ist aus Sicht der Fragesteller völlig inakzeptabel, noch dazu, weil damit auch keine Arbeitsplatzgarantie für die Zukunft verbunden ist. Die

Beschäftigten wären auf jeden Fall der Verlierer.

Bei den österreichischen Arbeitnehmervertretungen sind in den letzten Jahren mehrere derartige "Arbeitsplatzerpressungen" bekannt geworden. Viele Arbeitnehmerinnen haben sich allerdings in den letzten Jahren darauf eingelassen, um einer möglichen Kündigung zu entgehen. Damit ergeben sich auch zahlreiche Rechtsfragen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz nachstehende

Anfrage

1. Wie beurteilen sie als für Justiz zuständiger Bundesminister den Inhalt dieses Schreibens von Hettlage ? Ist eine strafrechtliche Relevanz (z. B. Nötigung) gegeben?
2. Ist ein „freiwilliger“ Verzicht auf die Bezahlung von Arbeitsleistungen - in diesem Fall 100 Stunden im Jahr - rechtsgültig?
3. Wenn nein, warum nicht? Gibt es dazu oberstgerichtliche Entscheidungen?
4. Wenn ja, welche oberstgerichtliche Entscheidungen liegen vor?
5. Wie viele ähnliche gerichtliche Fälle sind Ihnen in den letzten Jahren bekannt geworden? Wie haben die Gericht entschieden?
6. Was werden sie als Justizminister unternehmen um derartige „Erpressungen“ durch Unternehmen in Zukunft zu verhindern?
7. Was raten sie ArbeitnehmerInnen, die in der Vergangenheit derartige Verzichtserklärungen unterschrieben haben? Ist eine Nachforderung des Entgelts möglich - insbesondere dann, wenn trotzdem eine Kündigung ausgesprochen wurde?